WIR SIND ALLE ANDERS, ABER ALLE GLEICH

Der Rabe schaut über den Tellerrand: Die UN-Ziele 10 und 16

Unterschiede, die jeden von uns ausmachen, gibt es viele: groß, klein, jung, alt, arm, reich, Mann, Frau, schwarz, weiß, gläubig oder nicht – und alles dazwischen. Wir haben viele beschreibende Wörter für uns und die allermeisten von ihnen tragen bei näherem Hinsehen leider auch ziemlich viel Ungerechtigkeit in sich. Deshalb gibt es die Menschenrechte. Sie wurden von den Vereinten Nationen im Jahr 1948 verkündet. Grund war der Zweite Weltkrieg mit den Verbrechen, die die Nazis anderen Menschen angetan hatten.

Weniger Ungleichheit

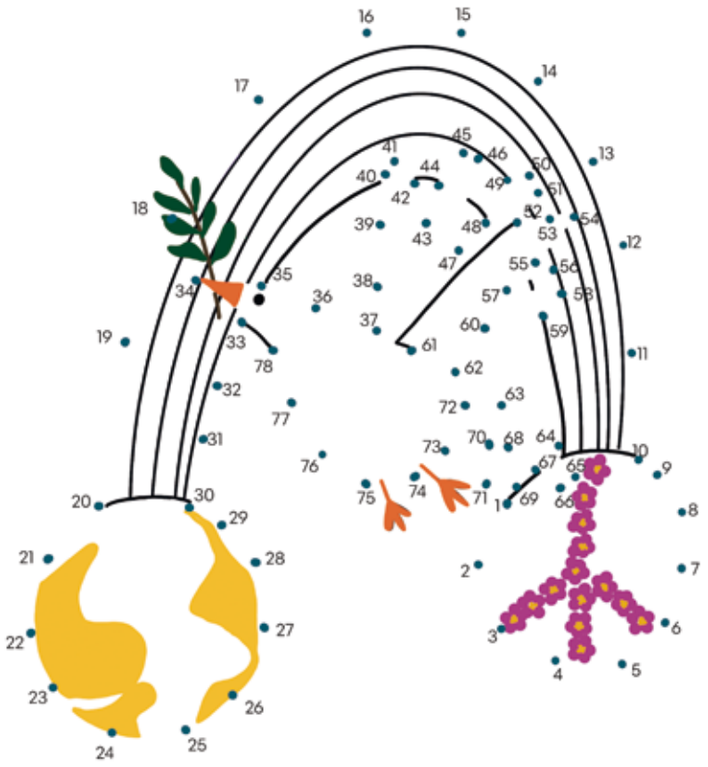
Unterschiede zwischen Menschen werden oft zum Anlass für Streit und auch für Krieg genommen. Sie machen es manchen Menschen leichter, den Hass und die Angst bei anderen zu schüren. Das Anderssein wird gern als Grund für Krieg genannt, dabei ist Gier der wahre Treiber: Gier nach Land, Kontrolle, Geld oder die Angst, dies zu verlieren.

Deshalb ist es so wichtig, das Ziel Nummer 10 zu erreichen, das sich die Vereinten Nationen gesetzt haben: weniger Ungleichheit. Wenn alle gleich sind und die gleichen Rechte haben, dann ist es nicht mehr so einfach, Krieg zu führen.
Doch leider sind wir noch lange nicht so weit. Gedanken von Anderssein, Ungleichheit und Abgrenzung stecken tief in uns drin. Manche davon sind eng mit unserer Geschichte und mit dem Kolonialismus* verbunden. Andere hängen mit unseren eigenen Wünschen und Bedürfnissen zusammen. Und Menschen, die etwas haben, teilen oft nicht so gerne, weil sie Angst haben, am Ende weniger zu haben. Wie sieht es bei dir aus, würdest du von deinen Bonbons welche abgeben an ein Kind, das du gar nicht kennst und das vielleicht auch ganz anders aussieht als du? ■ *Anke*

* Im Kolonialismus haben Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien andere Länder und Menschen unterworfen und ausgebeutet.

L	F	V	E	R	S	T	Ä	N	D	N	I	S
F	D	J	M	T	V	P	U	L	Y	E	M	C
Y	F	R	E	U	N	D	E	I	J	E	I	H
R	R	U	S	G	I	S	F	X	L	K	R	U
H	F	Z	V	E	R	T	R	A	U	E	N	T
F	S	T	H	M	J	E	E	H	N	H	M	Z
P	B	Q	G	E	S	E	I	H	Z	E	E	S
U	R	S	S	I	I	G	H	H	O	S	N	U
L	E	G	T	N	A	G	E	O	A	O	S	P
C	S	S	S	S	L	D	I	F	V	E	C	F
U	P	Q	F	A	N	G	T	F	Y	R	H	I
P	E	A	C	M	N	X	H	N	P	P	E	S
H	K	M	C	F	X	I	H	U	N	B	N	N
Z	T	F	M	Z	U	K	U	N	F	T	R	P
Z	N	S	X	V	N	P	H	G	O	N	E	N
O	F	F	E	N	U	A	E	A	O	G	C	N
C	G	H	R	E	D	E	N	T	X	F	H	F
F	T	E	Z	O	P	Y	G	H	M	U	T	J
X	D	L	P	O	X	Y	L	R	Y	O	E	L
N	J	V	C	H	A	N	C	E	N	X	U	A

Finde die versteckten Wörter. Sie alle haben etwas mit Frieden zu tun und wie wir ihn erreichen können.



Verbinde die Zahlen und finde heraus, welche Symbole für Frieden und Gleichheit sich in diesem Bild verstecken. Du kannst es auch noch bunt machen.

IM WÜRGEGRIFF DER KKK

Mehr Ungleichheit, weniger Frieden und Gerechtigkeit: Wie Kolonialismus, Kapitalismus und Klimawandel gegen die UN-Ziele 10 und 16 arbeiten

Dekolonisierung ist inzwischen in fast aller Munde und so mancher findet, es reicht damit. Dabei zeigt ein genauer Blick, wie weit wir von einem „Es reicht“ noch entfernt sind. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben zwar 120 Staaten ihre Unabhängigkeit zurückerhalten, doch noch immer gibt es eine zweistellige Zahl nicht selbst regierter Hoheitsgebiete, die meisten von Großbritannien, den USA und Frankreich bestimmt.

Und auch in den unabhängig gewordenen Ländern sind die Folgen des Kolonialismus, vor allem die große Ungleichheit, noch lange nicht überwunden. Die Kolonialzeit hat selbst bei denen, die danach geboren sind, ihre tiefen Spuren hinterlassen, in geflügelten Worten, auf Schokoladentafeln, in Straßennamen und vielem mehr.

Wege in die Wut

„Weniger Ungleichheiten“ ist das Ziel 10 unter den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Ungleiche Gesellschaften begünstigen den Erfolg von Populismus und ebnen damit Wege zur Macht für radikale, nationalistische Parteien. Umgekehrt schüren Populisten ohne jedes Schamgefühl die Ungleichheit zwischen Menschengruppen. Hautfarbe und Herkunft sind dabei nicht die einzigen Faktoren, der materielle Status spielt ebenfalls eine Rolle: Arme Menschen werden ausgegrenzt. Wobei Daten auch zeigen, dass zum Beispiel in Ländern wie den USA Hautfarbe und Einkommen verknüpft sind.

Wandbild in Berlin: „Wenn ich wüsste, dass die Welt morgen untergeht, würde ich heute einen Apfelbaum pflanzen.“
Wandmalerei: Herakut
Foto: OTFW, commons.wikimedia.org/?curid=41963546

Menschen im ärmeren Teil einer Gesellschaft fühlen sich manchmal weniger benachteiligt, wenn es noch jemand unter ihnen gibt. So wird Ungleichheit vor allem von radikalisierenden Kräften ausgenutzt. Sie stürzen sich gleichzeitig auf besonders schwache und gefährdete Gruppen. Durch Überbetonung von Straftaten aus einzelnen Gruppen stacheln sie ihre Zielgruppe weiter an. So bieten sie Menschen, die nicht beachtet oder gehört werden, eine Gruppe an, auf die sie treten können. Das Ergebnis ist das Gegenteil von Ziel 10.

Hier kommt auch Ziel 16 ins Spiel: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Das meint keinen Polizeistaat, sondern Gewaltprävention, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Menschenrechte für alle. Letztlich müssen die UN-Ziele 10 und 16 Hand in Hand gehen.

Neue Abhängigkeiten

Das eine K hat nicht das andere K erschaffen, aber Kolonialismus und Kapitalismus haben sich gegenseitig begünstigt und vorangebracht. Profitiert hat vor allem der globale Norden, der durch die Ausbeutung des Südens reich wurde und noch heute von den Strukturen und Wirkungen des Kolonialismus zehrt. Durch den Finanzkolonialismus von heute sind neue Abhängigkeiten entstanden, die mehr Ungleichheit schaffen und gleichzeitig „unsere Sicherheit gefährden“. Europa verschanzt sich immer mehr, statt das eigentliche Problem anzugehen.

„Entwicklungshilfe“ entpuppt sich häufig als Kreditfalle, die Länder wie Senegal in einer neuen Form von Kolonialismus gefangen halten. Während Europa und die anderen Länder des globalen Nordens hauptverantwortlich für den Klimawandel sind, wird Senegal im Jahr 2030, wenn die 17 Ziele erreicht sein sollen, zudem etwa drei bis vier Prozent seines Gesamtwirtschaftseinkommens für klimabedingte Schäden aufwenden müssen. Eine Folge ist, dass Menschen in Konflikte geraten, fliehen müssen oder emigrieren wollen, weil sie eine gute und sichere Zukunft suchen und brauchen.

Kapitalismus ist Krieg

Migranten und Flüchtlinge aus Afrika und Asien fühlen sich für eine polarisierte Gesellschaft, in der sie zum Feindbild erklärt werden, zunehmend bedrohlich an. Auf den Routen nach Europa oder auch innerhalb Afrikas sind sie häufig auf Schlepperbanden angewiesen, die nur selten ihr Wohl im Auge haben, und in den Lagern sind sie oft auch nicht viel sicherer. Vor allem Frauen und Kinder sind verletzlich und der Ansatz, sie gar nicht erst bei uns reinzulassen, vielleicht auch einfach nur falsch. Warum nicht das Geld und die Energie in Vorsorge stecken? Was wäre, wenn die Menschen in den ausgebeuteten und vom Klimawandel gezeichneten Ländern Chancen und eine Zukunft in ihrer Heimat hätten?

Deutschland und Europa könnten sich über Verträge und ihren Einfluss auf die Weltbank und weitere Fonds für andere Finanzierungsstrukturen starkmachen. Die Länder des globalen Nordens könnten als Hauptverursacher die Kosten für Klimaschäden als Kompensation begleichen, statt nur Kredite zu geben, und sich mit voller Kraft dafür einsetzen, ihre Klimaziele höher zu stecken und zu erreichen. Das wäre nur gerecht und auch einfach klug. Allerdings fehlt hier den tragenden politischen Kräften und ihren Unterstützern das Interesse, denn es würden „wirtschaftliche Chancen“ und kurzfristige Gewinne geschmälert. Doch solange nicht umgedacht wird, wird es weiter Konflikte geben, die Ziele 10 und 16 bleiben unerreichbar und im Mittelmeer und auf anderen Routen werden weiter jedes Jahr Tausende Menschen sterben. ■ *Anke Küttner*

UNGLEICHHEIT IST NICHT NATURGEGEBEN

Kolonialismus wirkt bis heute – weltweit und auch mitten in Berlin

Neunter Gedenkmarsch für die Opfer von Sklaverei und Kolonisierung 2015 in Berlin
Foto: Thabo Thindi

Ungleichheit gehört zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie zeigt sich in Einkommen und Vermögen, aber auch beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnraum, politischer Teilhabe, Bewegungsfreiheit und gesellschaftlicher Anerkennung – und sie wächst, sowohl global als auch in Deutschland. Mit den 2015 verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ (SDG) haben sich die Vereinten Nationen vorgenommen, Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten zu verringern – als Ziel 10 von insgesamt 17 Zielen. Dazu gehören gerechtere Einkommen, gleiche Chancen, politische und soziale Teilhabe sowie der Abbau diskriminierender Strukturen.

Doch warum wirken diese Ungleichheiten so hartnäckig fort? Einer der maßgeblichen Gründe liegt im europäischen Kolonialismus.

Die Plantagen sind geblieben

Kolonialismus endete nicht mit den Unabhängigkeitserklärungen der damaligen Kolonien. Zwar wurden viele Staaten im 20. Jahrhundert politisch unabhängig, doch die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die während der europäischen Kolonialherrschaft aufgebaut wurden, verschwanden nicht. Koloniale Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse waren eine wichtige Grundlage für die kapitalistische, globalisierte Welt, auf der Europa seinen Reichtum auf Kosten der kolonisierten Länder ansammelte. Dieses Ungleichgewicht wirkt bis heute in der internationalen politischen Ordnung fort: So verfügt beispielsweise keiner der 55 afrikanischen Staaten über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Über Jahrhunderte wurden Menschen in den Kolonien ausgebeutet, versklavt und ihrer Rechte beraubt. Land, Natur und Ressourcen wurden geplündert und angeeignet, um Produkte wie Kaffee für die Kolonisatoren herzustellen. Bis heute befinden sich die großen Palmölplantagen in Indonesien auf den Flächen der Plantagen der Kolonialzeit.

Tödlicher Rassismus

Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung beruhten auf der Konstruktion vermeintlicher „Rassen“ und der Hierarchisierung von Menschen. Die Wissenschaften wie Geografie, Medizin und Physik, aber auch Kunst oder soziale Arbeit trugen dazu bei, diese rassistische Weltordnung zu festigen. Dabei wurde den kolonisierten Menschen nicht nur körperliche Gewalt angetan, sondern auch soziale, ökonomische oder psychische Gewalt – bis heute. Die Soziologin Colette Guillaumin formulierte es 1995 treffend: „Race does not exist. But it does kill people.“

Wer Ungleichheiten bekämpfen und die Menschenrechte ernst nehmen will, muss sich mit den historischen Machtverhältnissen auseinandersetzen, die unsere Gesellschaft weiter prägen, beispielsweise in der Gesundheitsversorgung: Koloniale Wissens- und Machtordnungen wirken bis heute fort und können sich in institutionalisierten Ausschlüssen und rassistischen Dominanzstrukturen zeigen, die den Zugang zu Medikamenten und die medizinische Versorgung von People of Color beeinträchtigen. Sie zeigen sich auch in der europäischen Migrationspolitik, die in Kauf nimmt, dass Menschen vom afrikanischen Kontinent im Mittelmeer sterben, in Drittstaaten Abschiebezentren außerhalb rechtsstaatlicher Standards aufgebaut werden und legale Wege der Migration fehlen.

Wer entscheidet, woran erinnert wird?

Dekolonisierung – der Abbau dieser Verhältnisse und Denkweisen – ist ein Querschnittsthema. Wer über gleiche Chancen spricht, muss fragen, welche Strukturen diese Chancen ungerecht verteilen. Solange sich bis zu 90 Prozent des afrikanischen Kulturerbes außerhalb Afrikas befinden und die menschlichen Gebeine von Ahn*innen, die während der Kolonialzeit zu Zehntausenden geraubt wurden, noch immer in den Depots europäischer Universitäten und Museen liegen, geht es bei der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus nicht nur darum, zurückzublicken. Es geht um die Frage, in welcher Art von Gesellschaft wir leben wollen: Wer trägt Verantwortung für historische Gewalt? Wer entscheidet, an wessen Geschichte(n) erinnert wird? Wer verfügt über Wissen, Ressourcen und politische Macht? Wer kann Zukünfte mitgestalten?

Ungleichheit ist nicht naturgegeben. Sie hat eine Geschichte und viele Geschichten – und die reichen bis in die Gegenwart. Wer das UN-Nachhaltigkeitsziel 10 wirklich erreichen will, muss deshalb nicht nur Einkommen umverteilen und soziale Sicherung stärken. Es braucht auch eine Auseinandersetzung mit den historischen Bedingungen von Reichtum, Macht und Wissen. Dekolonisierung bedeutet, diese Zusammenhänge sichtbar zu machen und Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen.

Das kann in Berlin beginnen: bei Straßennamen und Erinnerungsorten, in Schulen und Universitäten, in Krankenhäusern und Verwaltungen, in der internationalen Zusammenarbeit und bei der Frage, wer politische Entscheidungen mitgestaltet. Die Geschichte des Kolonialismus ist nicht abgeschlossen. Sie ist eine Aufgabe der Gegenwart – und eine Frage nach der Zukunft einer gerechteren Gesellschaft. ■ *Merel Fuchs*

Decolonize Berlin e.V. setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus ein. Seit 2020 ist die Koordinierungsstelle für eine gesamtstädtischen Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit bei dem Verein angesiedelt – der sich über Unterstützung durch Spenden oder aktives Engagement freut.
Mehr Infos:
decolonize-berlin.de
@decolonizebln

Podiumsdiskussion über Dekolonisierung im November 2025 in Berlin
Foto: Decolonize Berlin

FRIEDE, FREUDE, EIERKUCHEN!

Das UN-Ziel 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – ist eines der wichtigsten unter den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung

Ohne Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit lassen sich die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen nicht verwirklichen. Wie also ist es darum bestellt? Die letzten Jahre sind von Kriegen und Konflikten gezeichnet, die vieles, was auf dem Weg zu den 17 Zielen bereits erreicht wurde, zunichte gemacht haben. Das Erreichen der Ziele, das vorher schon unsicher war, ist nun praktisch unmöglich.
Ein Blick auf den aktuellen Stand zeigt, wie weit die Welt von Ziel 16 entfernt ist. Kein Land hat das Ziel erreicht. Selbst bei den Klassenbesten, darunter Deutschland, gibt es Lücken. Und das ist nur ein Dutzend von fast 200 Staaten. Ein paar weitere haben etwas größere Probleme, doch der Großteil steht weiter vor riesigen Herausforderungen. Gemessen wird der Fortschritt an verschiedenen Zahlen, darunter: weniger Tote durch jegliche Form von Gewalt, weniger Kinder, die verschleppt, misshandelt oder getötet werden, Anteil von Frauen in entscheidenden Positionen, Pressefreiheit.

Weltsicherheitsrat – eine gute Idee?

Ein Schauplatz vieler bewaffneter Konflikte und Kriege, die aktuell toben, ist Afrika, der Kontinent mit den meisten Ländern. Gezeichnet von besonderer geopolitischer Gefahr ist Asien, besonders Westasien. Abgesehen von China hat aber keine dieser Regionen ein Land mit dauerhaftem Sitz im Weltsicherheitsrat.
Am 17. Januar 1946, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, schlossen sich die Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China zusammen, um künftig den Frieden zu sichern. Der UN-Sicherheitsrat sollte als mächtigstes Gremium der Welt Maßnahmen beschließen können, um Frieden und Sicherheit international zu erhalten oder wiederherzustellen. Dafür gaben sich die fünf Siegermächte, die auch die ersten fünf Atommächte waren, gegenseitig Vetorechte.
Praktisch gleichzeitig mit der Gründung begann der Kalte Krieg und der Sicherheitsrat war durch das Vetorecht eigentlich von Anfang an gelähmt. Die Idee war gut gemeint, doch die fünf Vetomächte sind seitdem mehr um ihre eigenen Interessen bemüht als um eine neutrale Konfliktbewältigung. Dem Rat gehören auch immer zehn (anfangs sechs) nichtständige Mitglieder an, die sich nach einem regionalen Schlüssel für zwei Jahre hineinwählen lassen können und dann wieder durch andere Länder abgelöst werden.
Historisch sind der Sicherheitsrat und sein Aufbau verständlich. Doch die weltpolitische Entwicklung, die über 100 seit 1946 neu entstandenen unabhängigen Staaten und ihre wachsenden Ansprüche rufen immer lauter nach Änderungen.

Afrika kaum vertreten

Eine der wesentlichen Fragen dabei ist: Warum hat Afrika, der Kontinent mit den meisten Staaten, kein ständiges Mitglied im Rat? Als der Sicherheitsrat gegründet wurde, gab es nur vier unabhängige afrikanische Länder. Alle anderen waren Kolonien, ein Großteil davon gehörte Großbritannien und Frankreich. Heute sind es 55 unabhängige Staaten. Wo aber bleibt ihre Vertretung? Auch die großen Länder aus den anderen Regionen des globalen Südens wie Indien oder Brasilien können zwar hin und wieder als nichtständige Mitglieder mit abstimmen, aber ein Vetorecht haben sie nicht und nach zwei Jahren sind sie wieder draußen.
Nicht zuletzt aus diesen Gründen gibt es schon seit Jahrzehnten immer wieder Vorstöße für Reformen oder für die Aufnahme weiterer ständiger Mitglieder in den Sicherheitsrat. Starre Regeln der UN-Charta und konkurrierende Interessen unter den Mitgliedsstaaten verhinderten aber jede Änderung. Die fünf Vetomächte sperren sich, schieben sich gegenseitig die Schuld zu und freuen sich über das Gerangel unter den Anwärtern für einen ständigen Platz.
Auch an der Abschaffung des Vetorechts haben die großen Fünf kein Interesse. Dabei ist gerade das Vetorecht eine wesentliche Schwachstelle. Denn wie die Geschichte und auch die letzten Jahre zeigen, ist der Weltsicherheitsrat dadurch praktisch ein zahnloser Tiger. Und so droht das Ziel 16 eine Utopie zu bleiben – wie auch die anderen UN-Ziele. ■

Anke Küttner

Gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
Für den Inhalt dieser Publikation ist allein „Grüne Liga Berlin – Landesverband des Grüne Liga e.V.“ verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global gGmbH oder des BMZ wieder.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

PEACECAKE

Ein Friedenskuchen für das Ziel 16

Zutaten:
- 3 Eier
- 200 g Mehl
- 200 ml Milch
- 1 Prise Salz
- 1–2 EL Zucker nach Geschmack
- Butter oder Öl zum Ausbacken
- Verzierung: Blaubeeren, Schokolinsen …

1 Die Eier sauber in zwei Schüsseln trennen.
2 Das Eigelb mit Milch, Mehl, Salz und Zucker zu einem glatten Teig verrühren.
3 Das Eiweiß schlagen, bis der Eischnee steif ist.
4 Den Eischnee vorsichtig mit einem Teigschaber unter den Teig heben. Die Luft muss drin bleiben!
5 Das Fett in einer beschichteten Pfanne erhitzen (mittlere Hitze). Den Teig hineingeben und den Friedenskuchen backen, bis er auf beiden Seiten goldbraun ist.
6 Blaubeeren, Schokolinsen o.ä. als Peace-Zeichen auf den runden Eierkuchen legen.
Lasst euch den Friedenskuchen schmecken!

Peacecake mit Blaubeeren
Fotos: Anke Küttner

Profis gießen den Teig direkt als Peace-Zeichen in die Pfanne.